



Nationalpark Vanoise: Die neue Charta soll die Solidarität zwischen Park und Gemeinden festigen.

Nationalpark in Diskussion

Der Nationalpark Vanoise in Savoyen hat eine neue Charta. Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft haben mehr als fünf Jahre daran gearbeitet. Umweltverbände unterstützen das Papier, kritisieren aber seine geringe Schlagkraft. Die Gemeinden wollen es trotzdem nicht unterschreiben. Stein des Anstosses ist die 240 Seiten lange Charta. Mit einem Gesetz von 2006 hatte die französische Regierung den Schutzgebieten mehr Governance verordnet. Anders gesagt, die 29 Gemeinden, die Frankreichs ältesten Nationalpark Vanoise ausmachen, sollten gemeinsam mit Vertretern von Behörden, Politikern, Umweltschutzgruppen und Parkmitarbeitern eine Charta ausarbeiten. Im März hat der Verwaltungsrat des Parks - mehrheitlich sitzen dort Gemeindevertreter - das Papier verabschiedet. Im kommenden Frühling soll dann jede Gemeinde über den Beitritt zur Charta abstimmen. Bereits jetzt hat der Grossteil von ihnen angekündigt, nicht unterschreiben zu wollen.

Mehr Mitsprache für Gemeinden

Der Nationalpark wird im kommenden Jahr 50 Jahre alt. Seit Beginn an gab es Regeln für die Kernzone, nicht aber für den restlichen Teil des Parks. Das Papier soll jetzt eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gemeinden und dem Park ermöglichen, gemeinsame Prioritäten definieren. "Es geht um die Solidarität zwischen dem Nationalpark und den Gemeinden der Umgebungszone", sagt Emmanuel Michau, Direktor des Nationalparks. Unterschreiben die Kommunen nicht, hat der Park keine Kompetenzen für einzelne Gemeindegebiete. Anders gesagt: Keine Unterstützung, keine Projekte, kein Geld. "Es wäre ein Schritt zurück, man müsste mit einem punktuellen Aktionsprogramm arbeiten". Einigen wäre das ganz recht, denn sie fürchten um ihre wirtschaftliche Entwicklung, um Einmischung in die Urbanistik. Denn an den Park grenzen bedeutende Wintersportorte.

Charta ohne Schlagkraft

Kritik an der Politik kommt von den Umweltverbänden. Die Gemeinden selbst haben an der Charta mitgearbeitet, alles Streitbare und Visionäre sei bereits während zäher Debatten aus dem Text gestrichen worden. "Die Charta muss ein Instrument für die Entwicklung der Schutzgebiete sein, das auch ihrem besonderem Wert gerecht wird", so Vincent Neirincq von Mountain Wilderness France.

Das vorerst letzte Wort haben die Bürger: Bereits in den ersten beiden Oktoberwochen haben fast 6'000 Menschen aus ganz Frankreich eine Online-Petition unterschrieben. Sie fordert die Gemeinden auf, die Charta anzunehmen. Ende Dezember ist dann die Meinung der Parkbewohner in einer öffentlichen Konsultation gefragt. "Der Nationalpark gehört allen", sagt Michau. "Es ist wichtig, dass die Bürger hier mitreden".

Quelle und weitere Informationen: www.avaaz.org/fr/petition/Appel_pour_la (fr), www.ledauphine.com/savoie/2012/10/09 (fr), <http://charte.parcnational-vanoise.fr/fr/calendrier> (fr)

Standpunkt der CIPRA



Salutschüsse der Schützenkompanie: Bereits am 14. Dezember soll sich der EU-Ministerrat mit dem Vorstoss der Regionen für eine Makroregion Alpen befassen.

Mit Vollgas Richtung Brüssel? Aber mit Governance!

Eindrücklich war er inszeniert durch den Tiroler Landeshauptmann Günther Platter, der Kongress der Alpenstaaten und Alpenregionen am letzten Freitag, 12. Oktober, in der Kaiserlichen Hofburg in Innsbruck. Die Konferenz begann mit dem landesüblichen Empfang: Ehrengarde, Salutschüsse und Musikkapelle für den österreichischen Bundeskanzler Heinz Fischer und Johannes Hahn, Vertreter der Europäischen Kommission. Das Orchester der Regierungsvertreter aller Alpenregionen spielte den Alpenstaaten und Brüssel unisono und unmissverständlich den Marsch für eine neue EU-Makroregion Alpen. Deutlicher hätte der geeinte Wille am 40. Jahrestag der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Alpenregionen nicht gezeigt werden können.

Bereits am 14. Dezember soll sich der EU-Ministerrat mit dem Vorstoss der Regionen befassen, sofern die EU-Alpenstaaten diesen vorbehaltlos unterstützen. Das in Eile

erstellte Initiativpapier der Alpenregionen müsste bei den Vertragsstaaten der Alpenkonvention allerdings noch zu diskutieren geben. Mit sehr guten Ansätzen, wie der Verlagerung des Alpen transitverkehrs auf die Schiene kommt es zwar daher, aber noch ist es zu fragmentarisch und nicht konzertiert mit den Zielsetzungen der Alpenkonvention. Es ist aber höchste Zeit, dass jetzt auch die Alpenstaaten den Makroregions-Express besteigen, wenn die Alpenkonvention von den Regionen ernst genommen werden soll. Die Regierungen Frankreichs, Liechtensteins und Österreichs haben ihre Unterstützung in Innsbruck bereits zugesagt. Geradezu anachronistisch muten die jüngsten Entscheide der italienischen Regierung an, die Kompetenzen der Regionen nicht nur im Finanziellen sondern auch in der grenzüberschreitenden transnationalen Zusammenarbeit einzuschränken. Unmissverständliche Kritik an der Regierung in Rom, die in Innsbruck nicht vertreten war, äusserten selbstbewusste Vertreter norditalienischer Regionen, die sich allesamt klar zur Kooperation in einer zukünftigen Makroregion Alpen bekennen. Die CIPRA begrüsst das Vorhaben Makroregion Alpen und wird mit ihren Netzwerken aktiv an der neuen Strategie mitarbeiten. Voraussetzungen sind insbesondere ein partizipativer Prozess mit allen wichtigen Akteuren sowie das Beachten der föderalistischen Strukturen und der ungleichen Rahmenbedingungen von Metropolen und Berggebieten. In Kernfragen wie Klimawandel und Energie wird die CIPRA allerdings deutlich machen, dass die Reduktion des Energieverbrauchs und Massnahmen zur Energieeffizienz deutlichen Vorrang haben. Entgegen dem Ansinnen in verschiedenen Alpenregionen und Alpenstaaten, die verlockende Wasserkraftnutzung bis auf den letzten Alpenwassertropfen auszubauen. Und auch kritisch ist die CIPRA gegenüber dem Aufwind für eine als apriori umweltgerecht verkaufte Wind-, Sonnen- und Biomasseenergie, wenn diese unbedenken der Auswirkungen auf Landschaft und Lebensräume forciert werden soll. Bei aller Sympathie für die Nutzung erneuerbarer Energiequellen sind diese mit Bedacht zu erschliessen - und im Einzelfall erst dann, wenn die Vorhaben eine ganzheitliche Nachhaltigkeitsprüfung bestehen. Quelle und weitere Informationen: <http://tirol.orf.at/news/stories/2554210/>, www.cipra.org/de/presse/medienmitteilungen

Neues aus den Alpen

Projekt "Alemagna-Autobahn" begraben?

Der italienische Umweltminister Corrado Clini sagte kürzlich, die Autobahn ab Belluno werde verlängert, die Anbindung an Österreich aber nicht gebaut. Kartitsch/A lehnt das Alemagna-Projekt per Beschluss ab, prophylaktisch.

Die Autobahnanbindung nach Österreich bzw. Deutschland, wie sie von der Region Veneto angestrebt wird, wird nicht realisiert. Das sagte Ende September der italienische Umweltminister Corrado Clini im Rahmen der Veranstaltung Expodolomiti. Die "Alemagna-Autobahn" sei weder Ziel früherer Regierungen gewesen, noch sei sie mit dem Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention vereinbar, dessen Ratifizierung das italienische Parlament gerade vorbereite. Clini sagte aber auch, dass die Verlängerung der Autobahn A27 um rund 20 Kilometer ab Belluno eine strategische Infrastruktur sei. Sie werde unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Umwelt und lokaler Bevölkerung gebaut. Lokale Verbände und Umweltorganisationen kritisieren diesen Ausbau seit mehreren Jahren als unnütz, gefährlich und teuer.

Im österreichischen Kartitsch hat der Gemeinderat im Juni eine Resolution gegen die Alemagna verabschiedet: In Sorge um die Erhaltung des Natur- und Lebensraums werde das grenzüberschreitende Strassenprojekt mit allem Nachdruck abgelehnt.

Die Alemagna-Autobahn sollte Venedig direkt mit München verbinden. Heute führt die Strasse als A27 von Mestre bis Belluno.

Quelle und weitere Informationen: <http://corrierealpi.gelocal.it/cronaca/2012/09/30> (it), www.peraltrestrade.it/download/com-stampaPAS (it), www.raiffeisenbank.kartitsch.at, <http://tirol.orf.at/m/news/stories/2527459/>

Französischer Glasturm gewinnt solaren Zehnkampf

Studierende der Region Rhône-Alpes haben den internationalen Wettbewerb Solar Decathlon Europe 2012 gewonnen - mit einem Glasturm einschliesslich Garten, der seinen Energiebedarf ganz aus der Sonne deckt.

Es ist wohl weltweit der wichtigste und anspruchsvollste Wettbewerb für solares und nachhaltiges Bauen zwischen Universitäten, der Solar Decathlon. Studierende aus der Region Rhône-Alpes haben die diesjährige Ausgabe des "solaren Zehnkampfs" gewonnen. Das Siegerprojekt der Universität Grenoble heisst Canopea, ein zehnstöckiges Wohngebäude: Jede Etage besteht aus einer eigenen Wohnung, der letzte Stock ist ein Gemeinschaftsraum, es gibt Platz für kleine Gärten, das Dach ist aus Photovoltaikpaneelen. Canopea deckt seinen Energiebedarf zu 100 Prozent aus der Sonne.

Der internationale Wettbewerb, initiiert vom US-amerikanischen Energieministerium, findet seit 2002 alle zwei Jahre statt. Es treten 20 Universitäten gegeneinander an. Innerhalb von 13 Tagen stellen sie ihr vorher geplantes, 75

Quadratmeter grosses Haus auf. Die Sonne ist die einzige erlaubte Energiequelle. Die Gebäude werden getestet und in zehn Kategorien, unter anderem Marktfähigkeit, Lichtkonzept und technologische Umsetzung, bewertet. Ziel ist es, architektonische und energetische Kriterien miteinander zu verbinden.

Quelle und weitere Informationen: www.solardecathlon.fr/ (fr), www.youtube.com/watch?v=p28tFxd9MZY (en), www.wat.tv/video (fr)

Piz Val Gronda wird erschlossen

Beinahe 30 Jahre wurde um den Bau von 1,3 Kilometern Skipiste mit Seilbahn am Piz Val Gronda gestritten. Die touristische Bedeutung des nun genehmigten Projekts ist gering, symbolische Wirkung und Schaden für die Natur sind gross.

Es ist das Prestigeprojekt in Tirol, an dem die TouristikerInnen seit beinahe 30 Jahren festhalten: die Erschliessung des österreichisch-schweizerischen Grenzbergs Piz Val Gronda mit Skipiste und Seilbahn. Die Erweiterung und Anbindung an das Skigebiet Ischgl soll zwischen elf und 15 Millionen Euro kosten. Das Projekt wurde jetzt nach dem dritten Anlauf genehmigt, nachdem die Lebensräume von Berghühnern verschoben und jene von bedrohten Pflanzenarten umfahren werden sollen. Die Silvretta-Bergbahnen erhalten damit zu ihren 238 Pistenkilometern weitere 1,3 dazu.

Die Tiroler Landesumweltschaft, Umweltverbände sowie Alpenvereine lehnen das Projekt strikt ab, weil es einen bisher unberührten Natur- und Lebensraum zerstört. Der Österreichische Alpenverein hat angekündigt, bei der EU-Kommission Beschwerde wegen Verletzung des Bodenschutzprotokolls der Alpenkonvention einzureichen. Die Organisationen befürchten einen Dominoeffekt, d. h. dass auch woanders Erschliessungsschlupflöcher für anfangs naturrechtliche Tabuzonen geschaffen werden. Das "Tiroler Tourismus Board", ein Gremium aus Tourismusverbänden, Land und Wirtschaftskammer, verlangte bereits weitere Zusammenschlüsse von Skigebieten.

Quelle und weitere Informationen: www.alpenverein.de/presse, www.tt.com/%C3%9Cberblick/Wirtschaft, www.botanik.univie.ac.at/plantchorology

Lebensqualität und Architektur im Bergdorf

Der europäische Dorferneuerungspreis und ein Sanierungsprogramm des italienischen Verbands für Berggemeinden. Zwei Initiativen zur Unterstützung von Kommunen im Überblick.

Die Bündner Gemeinde Vals/CH hat im September den Europäischen Dorferneuerungspreis 2012 verliehen bekommen. Auszeichnet wurde Vals unter anderem für die Möglichkeiten der BürgerInnen die Zukunft ihrer Gemeinde mitzugestalten, seine hohe Lebensqualität, für seine nachhaltige Wirtschaft und die Eigenversorgung aus erneuerbaren Energien. Vals ist, ebenso wie der Vorjahressieger Langenegg/A, Mitglied im Gemeindeforschungsnetzwerk Allianz in den Alpen. Die Auszeichnung wird seit 1990 alle zwei Jahre von der Europäischen Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung und Dorferneuerung verliehen. Den prämierten Gemeinden ist gemeinsam, dass sie für mehr Lebensqualität auf nachhaltige Entwicklung und Bürgerbeteiligung setzen. Ziel des Wettbewerbs ist es, den Austausch zwischen den Gemeinden zu unterstützen und die Bedeutung des ländlichen Raums hervorzuheben. Der italienische Verband für Berggemeinden UNCEM hat kürzlich ein Programm gestartet, um das architektonische Erbe kleiner Ortschaften wiederzubeleben. Von rund 500 eingereichten Vorschlägen wurden 300 ausgewählt. Saniert werden nun jene Weiler, die gegenüber neuen touristischen Konzepten, nicht aber Zweitwohnungen, aufgeschlossen sind. Ihre Bedeutung für die Land-, Weide- oder Waldwirtschaft war ebenfalls relevant. Für die Arbeiten haben private Unternehmen rund drei Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das Programm sieht die Zusammenarbeit von Privaten, Gemeinden, der Universität Turin und Handwerksbetrieben vor.

Quelle und weitere Informationen: www.uncem.piemonte.it/News.php?id=147 (it), www.landentwicklung.org/website/output

Neue Energiestrategie für die Schweiz

Im Jahr 2050 will die Schweiz weniger Strom verbrauchen als heute, fast zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien setzen. Diese ambitionierte Vision liegt jetzt als "Energiestrategie 2050" vor, mit einigen Schwachstellen.

Weniger Energie verbrauchen, mehr Strom aus erneuerbaren Quellen, eine ökologische Steuerreform: Die Schweizer Regierung hat Ende September ihre "Energiestrategie 2050" der Öffentlichkeit vorgestellt. Ziel der im Gesetzesentwurf genannten Massnahmen ist es, die Atomenergie durch erneuerbare Energien und mehr Effizienz zu ersetzen.

Die SchweizerInnen sollen daher bis 2035 im Schnitt 35 Prozent weniger Energie verbrauchen als noch im Jahr 2000. Mehr Energieeffizienz soll es insbesondere durch strengere Regelungen für Neubauten und Sanierungen geben. Weiter sollen die Stromproduktion aus Wasserkraft ausgebaut, und mehr Fördergelder für erneuerbare Energien bereitgestellt werden. Der Bundesrat hat ausserdem das Finanzministerium beauftragt, innerhalb des nächsten Jahres eine ökologische Steuerreform zu erarbeiten. "Diese Energiestrategie setzt Meilensteine", sagt der WWF, zweifelt aber wie andere Umweltverbände an der konkreten Umsetzbarkeit und Verbindlichkeit der Massnahmen.

Umweltverbände sprechen auch das Risiko an, dass die ambitionierte Strategie bestehende Gesetze möglicherweise aushöhle. Das Papier sieht zum Beispiel vor, dass der Ausbau erneuerbarer Energien künftig von nationalem Interesse sein soll, also mindestens gleich oder gar höherwertig als die Interessen von Umwelt-

und Landschaftsschutz. "Schutzgebiete machen nur wenige Prozente der Schweizer Landesfläche aus - und sind nicht verrückbar im Gegensatz zu Energieanlagen", so BirdLife Schweiz.

Die Schweizer Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft kann bis Ende Januar 2013 zum Gesetzesentwurf Stellung nehmen. Dann befasst sich das Parlament mit der Vorlage.

Quelle und weitere Informationen: www.bfe.admin.ch/themen/00526/00527/index, www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2012, www.birdlife.ch/de/content, www.wwf.ch/de/aktuell/medien/?1642

Agenda

Tagung / Kongress: **Naturschutz auf die rote Liste?**

19.10.2012 – 19.10.2012. Diemtigen BE. Sprachen: de.

Veranstalter: CIPRA Schweiz, Interlaken/CH. [Mehr »](#)

Tagung / Kongress: **4. Internationale Alpen-**

Wasserkonferenz. 22.10.2012 – 23.10.2012. München.

Sprachen: de, fr, it, sl. Veranstalter: Bundesministerium für Umwelt,

Naturschutz und Reaktorsicherheit BMU, Berlin/DE. [Mehr »](#)

Wasserkraft – nachhaltig oder nachteilig? 22.10.2012.

München/DE. Sprachen: de. Veranstalter: Landesfischereiverband

Bayern e. V., München/DE. [Mehr »](#)

Tagung / Kongress: **Klima und Biodiversität.** 2.11.2012 –

3.11.2012. Nationalparkzentrum Zernez. Sprachen: de. Veranstalter:

Schweizerischer Nationalpark, Besucherzentrum Zernez, Zernez/

CH. [Mehr »](#)

Tagung / Kongress: **Mobilität im ländlichen Raum.**

26.11.2012 – 27.11.2012. Baden bei Wien. Sprachen: de.

Veranstalter: Agrar.Projekt.Verein, Verein zur Förderung von

Regional- und Agrarprojekten (APV), Wien/AT. [Mehr »](#)

Oh!...

... wenn ein Ort in den Alpen besonders abgeschieden ist, braucht es besondere Massnahmen. Das wussten schon bedeutende Feldherren wie Napoleon.

Als erster und vorausschauend ernannte er Livigno zur zollfreien Zone. Noch bis Anfang der 1950er Jahre war das italienische Dorf im Winter mehrere Monate von der Aussenwelt abgeschnitten. Manch einer bezeichnet es auch als höchstgelegenster dauerhaft bewohnter Ort Europas. Und die Zollfreiheit bringt's: Tagtäglich schlängeln sich Auto um Auto ins Dorf, tanken einmal voll, füllen gar heimlich einen zweiten oder dritten Tank, tuckern eins nach dem anderen wieder nach Hause, nur um bald wieder hunderte kurvenreiche Kilometer durch das Veltlin und das Val Puschlav in die Enklave aufzunehmen. Ein Liter Benzin kostet dort im Schnitt 60 Cent weniger als im übrigen Italien. Wie konnte Napoleon auch wissen, dass die Staatsmänner von heute idyllische Orte mit Autos verstopfen, Stau ein Ausdruck des Wohlstands ist und für ein paar Cent mehr im Geldbeutel die Menschen ihre Freizeit in Blechbüchsen verbringen?

Quelle: www.cipra.org/it/alpmedia/notizie-it/4716